Niederschrift VEA/VIII/3

Niederschrift über die Sitzung des Ver- und Entsorgungsausschusses der Gemeinde Rosendahl am 29.09.2010 im Sitzungszimmer des Rathauses, Osterwick, Hauptstraße 30, Rosendahl.

Anwesend waren:

Der Ausschussvorsitzende

Schulze Baek, Franz-Josef

Die Ausschussmitglieder

Espelkott, Tobias

Als Vertreter für Herrn
Franz Schubert

Branse, Martin
Fedder, Ralf
Reints, Hermann
Schaten, Peter

bis TOP 5 ö.S.

Tendahl, Ludgerus
Rahsing, Ewald
Söller, Hubert

Als Vertreter für Frau Ursula
Förster

Von der Verwaltung

Niehues, Franz-Josef
Gottheil, Erich
Isfort, Werner
Wellner, Norbert
Berger, Elke
Wisner-Herrmann, Sabine

Bürgermeister
Allgemeiner Vertreter
Kämmerer
Fachbereichsleiter
Produktverantwortliche
Schriftführerin

Zur Ortsbesichtigung

Als Gast zu TOP 4 ö.S.

Schonhoven, Andreas

akkreditierter eea® - Berater
(european energy award)

Als Gast zu TOP 3 nö.S.

Rummler, Manfred

Ingenieur vom Ingenieurbüro
Rummler + Hartmann
GmbH, Havixbeck

Zur Ortsbesichtigung

Es fehlten entschuldigt:

Die Ausschussmitglieder

Förster, Ursula
Schubert, Franz

Beginn der Sitzung: 19:00 Uhr

Ende der Sitzung: 21:00 Uhr

Tagesordnung

Um 17:30 Uhr begrüßte der Ausschussvorsitzende Schulze Baek die Ausschussmitglieder, interessierte Ratsmitglieder, als Gast Herrn Rummler vom Ingenieurbüro Rummler + Hartmann GmbH, Herrn Lülff und Herrn Heming von der Fa. Münsterland Margarinewerke, die Mitarbeiter der Kläranlage, Vertreter der Verwaltung und Herrn Wittenberg von der Allgemeinen Zeitung Coesfeld zu einem Ortstermin zu TOP 3 nö.S. auf dem Gelände der Kläranlage Osterwick.

Herr Rummler erläuterte in einem Rundgang durch die Kläranlage die Abläufe und die notwendigen Investitionsmaßnahmen für die Modernisierung der elektrotechnischen Anlagen und Leittechnik.

Er wies zunächst darauf hin, dass die Kläranlage im Jahr 1984 für ca. 13.000 Einwohner geplant und gebaut worden sei. Seit dieser Zeit habe es insbesondere im Bereich der erlaubten Richtwerte erhebliche Änderungen gegeben. Früher habe man lediglich Kohlenstoffverbindungen eliminieren müssen. Dann seien Stickstoffverbindungen hinzugekommen, noch später dann auch Phosphorverbindungen. Die entsprechenden Grenzwerte seien immer weiter herabgesetzt worden. Die elektrotechnischen Anlagen müssten daher jederzeit problemlos funktionieren.

Zu Beginn des Rundgangs erklärte er, wie durch ein Schneckenpumpwerk das einlaufende Abwasser zunächst ca. 5 bis 6 m angehoben werde. Hier sei bereits die Messtechnik erneuert worden, die die Pumpe über eine Höhenstandmessung aktiviere. Notwendig sei hier noch die Installation einer Schwimmerschaltung für den Fall, dass die Messtechnik ausfalle. Ein zu verlegendes Kabel müsse in einem Schutzrohr verlegt werden, um eine Beschädigung zu verhindern. Dies erfordere eventuell auch noch Grabungs- und Pflasterarbeiten.

Als nächstes zeigte Herr Rummler den Schacht für die Einfüllung von angeliefertem Fäkal-schlamm aus Kleinkläranlagen. Hier bestehe die Gefahr der Methangasbildung. Die entsprechende Elektrotechnik müsse also explosionsgeschützt eingebaut werden, die vorhandene Messtechnik müsse ausgetauscht werden.

Im nächsten Gebäude sei ebenso der Einbau einer explosionsgeschützten Beleuchtung und Messtechnik erforderlich.

In der Rechenanlage, in der die Feststoffe aus dem Abwasser eliminiert würden, sei die Technik bereits explosionsgeschützt eingebaut, erforderlich sei hier aber noch die Installation eines Frostwächters, damit der Betrieb auch im Winter gewährleistet sei.

Im folgenden Sandfang, in dem Sand und Fette eliminiert würden, sei die Erneuerung der Messtechnik zur pH-Messung, Leitfähigkeit und Temperatur erforderlich.

Im anschließenden Belebungsbecken, sei es nötig, ein Gebläse für die Belüftung zu erneuern. In diesem Becken befinde sich eine Sauerstoffsonde. Bei Werten unter 2 mg Sauerstoff werde durch das Gebläse das Wasser mit neuem Sauerstoff versorgt. Die Leistung des notwendigen Gebläses liege bei 45 kw. Hier solle auch eine online-Messtechnik zum Einsatz kommen, die die Ammonium- und Nitratwerte messen könne.

Phosphate müssten hier über die Fällung mit Eisen-II-Chlorid eliminiert werden. Diese Chemikalie befinde sich in Tanks neben dem Belebungsbecken. Hier solle eine regelbare Dosierpumpe eingebaut werden, so dass eine genauere und somit Kosten sparende Dosierung der Chemikalie möglich sei.

Im Nachreinigungsbecken sei die bestehende Technik momentan ausreichend, allerdings müssten in den Schlammsilos, die zur Zwischenlagerung des Klärschlammes dienten, Höhenstandsmesser eingebaut werden.

Zuletzt wurde die Schaltzentrale besichtigt, in der eine komplette Erneuerung der elektrotechnischen Anlagen erfolgen solle. Die Überwachung der Kläranlagen der Ortsteile Osterwick und Holtwick solle später dann online von hier erfolgen können, ebenso wie die Überwachung der 20 Pumpwerke über das Mobilfunknetz. Bisher erfolge die Überwachung noch über Telefonanschlüsse, was hohe Telefonkosten zur Folge habe.

Die bestehende Nachtspeicherheizung solle durch eine Wärmepumpenanlage ersetzt werden. Dabei solle das Abwasser aus der Nachreinigung genutzt werden, das auch im Winter und bei Frost immer eine Temperatur von ca. 10° C habe.

Zur anschließenden Sitzung um 19:00 Uhr begrüßte Ausschussvorsitzender Schulze Baek die Ausschussmitglieder, die erschienene ZuhörerIn sowie die Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung.

Er stellte fest, dass zu dieser Sitzung mit Einladung vom 20. September 2010 form- und fristgerecht eingeladen worden und der Ausschuss beschlussfähig sei. Hiergegen erhob sich kein Widerspruch.

1 Einwohner-Fragestunde gemäß § 27 Abs. 10 GeschO (1. Teil)

Es wurden keine Fragen von Einwohnern gestellt.

2 Anfragen der Ausschussmitglieder gemäß § 27 Abs. 9 GeschO

2.1 Bruchgefährdung von PVC-Trinkwasserleitungen - Herr Tendahl

Ausschussmitglied Tendahl wies darauf hin, dass es in einigen Gemeinden Probleme mit PVC-Trinkwasserleitungen gebe. Der Weichmacher entweiche mit der Zeit und die Leitungen seien dann stark bruchgefährdet. Er fragte, ob man sich in der Gemeinde Rosendahl darüber bereits Gedanken gemacht habe.

Bürgermeister Niehues teilte mit, dass dieses Problem den Stadtwerken Coesfeld, die für die Betriebsführung zuständig seien, sicherlich bekannt sei und im Auge behalten werde. Bei Sanierungsbedarf werde die Gemeinde rechtzeitig informiert.

3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus öffentlichen Ausschusssitzungen

Kämmerer Isfort berichtete über die abschließende Erledigung der in öffentlicher Sitzung am 04. März 2010 gefassten Beschlüsse. Der Bericht wurde ohne Wortmeldungen zur Kenntnis genommen.

4 Vorstellung des energiepolitischen Arbeitsprogramms im Rahmen des Euro-

Ausschussvorsitzender Schulze Baek verwies auf die Sitzungsvorlage VIII/202 und begrüßte als Gast zu diesem TOP Herrn Dipl.-Kaufm. Schonhoven, staatl. geprüfter Techniker und akkreditierter eea®-Berater.

Herr Schonhoven erläuterte anhand einer Power Point Präsentation (**Anlage I**) die Ziele des eea® und den Nutzen für die Kommune. Dabei nannte er auch die Namen der Mitarbeiter der Verwaltung, die als Energieteam Maßnahmen erarbeiteten, die zur Zertifizierung führen könnten.

Er erklärte, dass zunächst eine Ist-Analyse erstellt werden müsse, von der aus man Maßnahmen planen könne und erläuterte diese für die Gemeinde Rosendahl. Er gehe davon aus, dass die Gemeinde Rosendahl in absehbarer Zeit ausgezeichnet werde, da ein Prozentsatz von 50 für eine Auszeichnung erreicht werden müsse und ein Prozentsatz von 43 bereits erreicht sei.

Im Anschluss an die Präsentation zeigte er eine Darstellung aus dem Internet über die Nutzung von erneuerbaren Energien in Rosendahl zum Stichtag 31.12.2009.

Bürgermeister Niehues ergänzte, dass diese Zahlen sicher nicht mehr repräsentativ seien, da in 2010 in Rosendahl viele neue Photovoltaikanlagen erstellt worden seien.

Ausschussmitglied Espelkott fragte, was die Auszeichnung der Gemeinde bringe und was der Beschlussvorschlag bedeute. Er fragte weiter, wofür die angegebenen Kosten entstehen würden.

Herr Schonhoven erklärte, dass die Auszeichnung eine Urkunde und einen Preis in Form einer Glasplastik bedeute. Im Grunde sei die Auszeichnung eher dafür gedacht, sich zu vergegenwärtigen, wo die Gemeinde im Bezug auf die Energieeffizienz momentan stehe und woran man noch arbeiten könne. Der Beschlussvorschlag bedeute, dass die Gemeinde für geringes Entgelt ein energiepolitisches Arbeitsprogramm nutze. Die aufgeführten Kosten seien für den Einstieg in den Prozess und müssten aktuell nicht noch einmal neu beschlossen werden.

Allgemeiner Vertreter Gottheil erklärte, dass man bewusst auch die alte Sitzungsvorlage beigefügt habe, da von den Rats- und Ausschussmitgliedern mehrfach bemängelt worden sei, wenn Kosten nicht angegeben wurden.

Ausschussmitglied Fedder teilte mit, dass für ihn die angegebenen Prozentzahlen nicht nachvollziehbar seien. Er wollte gerne wissen, wie diese zustande kommen und wer die Bewertung der Gemeinden durchführe.

Herr Schonhoven erklärte, dass in den energiepolitischen Handlungsfeldern über 30 Einzelpunkte aufgeführt seien. Über eine Checkliste, die für alle Kommunen einheitlich sei, werde eine Abfrage durchgeführt und anhand eines Bewertungsschlüssels der direkte Vergleich mit anderen Kommunen ermöglicht. In Rosendahl gebe es keine eigenen Stadtwerke, so dass hier eine Gesamtpunktzahl von 380 erreicht werden könne. Die tatsächlich erreichten Punkte würden dazu in Relation gesetzt. Daraus ergebe sich dann die erreichte Prozentzahl in bestimmten Bereichen.

Bürgermeister Niehues verwies auf die zuvor durchgeführte Ortsbesichtigung der Kläranlage. Er gehe davon aus, dass gerade die dort geplanten energetischen Maßnahmen im Bereich der Belüftungstechnik und der Umgestaltung der Heizungsanlage über eine Wärmepumpe der Gemeinde neue Punkte einbringe. Er sei ange-

tan von der bereits erreichten Punktzahl. Dies zeige das Engagement der Mitarbeiter im Bereich der Energieeinsparung. Der Ausschuss müsse entscheiden, wie das Leitbild festgelegt werde. Er gehe davon aus, dass eine Auszeichnung schon bald zu erreichen sei.

Fraktionsvorsitzender Branse teilte mit, dass ihn dieses System an die Bonuspunkte der Tankstellen erinnere. Er fragte, ob es Daten gebe, die eine Vorher/Nachher-Betrachtung ermöglichen, insbesondere im Bezug auf Kosten.

Herr Schonhoven erläuterte, dass der eea®-Prozess diese Betrachtung gar nicht vornehmen wolle. Man habe den Ist-Zustand zu Grunde gelegt. Die erreichten guten Zahlen z.B. bei den Gebäuden zeigten dabei, dass schon im Vorfeld gute Arbeit geleistet worden sei.

Ausschussmitglied Fedder erklärte, dass in der Präsentation der Auswertung der Vergleich mit den anderen Kommunen fehle. Er könne sich nicht vorstellen, wo die Gemeinde Rosendahl im Vergleich liege.

Herr Schonhoven teilte mit, dass die Gemeinde Rosendahl im Vergleich zu anderen Kommunen schon sehr gut liege. Es gebe insgesamt nur wenige Kommunen, die über 50 % erreichten. Er verwies auf die in der Präsentation vorgestellte NRW-Karte, die die teilnehmenden Gemeinden und den bereits erreichten Auszeichnungsstand farblich kennzeichne.

Bürgermeister Niehues bat Herr Schonhoven darum, konkrete Vergleichszahlen zu nennen, die Gemeinde Rosendahl müsse sich nicht verstecken.

Herr Schonhoven nannte daraufhin die Prozentzahlen weiterer von ihm betreuter Städte und Gemeinden:

Halle in Westfalen	43 %,
Harsewinkel	57 %,
Heek	30 %,
Hilchenbach	53 %,
Kerpen	47 %,
Laer	35 %,
Wadersloh ca.	35 %.

Weitere Ergebnisse könnten auf der Internetseite des eea® eingesehen werden (www.european-energy-award.de).

Ausschussmitglied Espelkott teilte mit, dass er noch immer Verständnisschwierigkeiten zum eea® habe und bat um weitere Erklärungen.

Ausschussvorsitzender Schulze Baek verwies auf die extra beigefügte alte Sitzungsvorlage aus der vorherigen Wahlperiode und bat darum, diese noch einmal zu lesen. Es gehe grundsätzlich darum, Energie effizienter zu verbrauchen. Bei der regenerativen Energieerzeugung mache die Gemeinde bereits Riesenschritte nach vorne, in anderen Bereichen sei dies noch nicht der Fall.

Ausschussmitglied Rahsing wies darauf hin, dass die vorgetragenen Zahlen von einem zertifizierten Unternehmen kämen und dass kein Grund bestehe, diese Zahlen anzuzweifeln oder nachprüfen zu müssen.

Ausschussmitglied Fedder fragte nach, ob das so genannte audit, das der Vergabe des award vorausgehe, kostenpflichtig sei und ob diese Kosten bereits berücksichtigt worden seien. Er wolle hier niemanden kritisieren, aber er wolle verstehen können, wofür Geld ausgegeben werde.

Herr Schonhoven teilte mit, dass in den angegebenen Kosten auch die Kosten für die Zertifizierung enthalten seien.

Bürgermeister Niehues bat Allgemeinen Vertreter Gottheil, die von der Verwaltung ermittelten Energiekennzahlen für die gemeindlichen Gebäude vorzustellen.

Allgemeiner Vertreter Gottheil teilte mit, dass für die Jahre 2007 bis 2009 die Strom- und Gasverbräuche zunächst vorläufig zusammengestellt wurden und stellte diese mittels einer Folie vor. Hierbei sei unter anderem deutlich zu sehen, dass die Stromkosten pro kWh der Mittelspannungsstationen (Schulzentrum, Kläranlage, Hauptpumpwerke) deutlich niedriger seien als bei den übrigen Verbrauchsstellen (Niederspannung) wie Rathaus, Feuerwehrgerätehäuser, Heimathaus usw. Eine ausführliche Auflistung der Verbrauchszahlen werde zur Verfügung gestellt.

Hinweis: Die entsprechenden endgültigen Verbrauchslisten werden zu einem späteren Zeitpunkt nachgereicht.

Ausschussmitglied Espelkott fragte, wie die Berechnung für 2009 erstellt worden sei.

Allgemeiner Vertreter Gottheil erklärte, dass die Berichte nicht witterungsbereinigt seien. Es erfolge grundsätzlich eine Ablesung der Verbrauchswerte zum Ende eines Kalenderjahres.

Ausschussmitglied Espelkott bemerkte, dass der letzte Winter erst Anfang 2010 sehr kalt geworden sei. Er gehe davon aus, dass dies im Haushalt 2010 zu einer enormen Nachkalkulation führen werde.

Allgemeiner Vertreter Gottheil antwortete, dass die Verwaltung sich genau aus diesem Grund gestraubt habe, die Haushaltsansätze für die Energiekosten zu reduzieren, wie es eigentlich von der WIR-Fraktion gewünscht worden sei. Dennoch werde man die erhöhten Kosten noch zu spüren bekommen. Er gehe aber davon aus, dass sich ab 2011 Einsparungen durch die neuen Heizungsanlagen bemerkbar machen würden.

Ausschussmitglied Espelkott merkte an, dass aber schon im Jahr 2009 die Verbrauchszahlen für Gas gegenüber 2008 gestiegen seien und fragte, wie dieses zu erklären sei.

Allgemeiner Vertreter Gottheil erklärte, dass ihm diese erhöhten Zahlen auch aufgefallen seien und die Gründe hierfür noch überprüft würden.

Der Ausschuss fasste sodann folgenden **Beschluss:**

Der Sachstandsbericht des Büros infas enermetric GmbH, Emsdetten, zu dem energiepolitischen Arbeitsprogramm des Projektes „European Energy Award®“ – Projekt für eine nachhaltige kommunale Energiepolitik – wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis: 4 Ja Stimmen
5 Enthaltungen

**5 Gebührennachkalkulation 2009 und Prognose 2010 für die Abwasserbeseitigung (Schmutz- und Niederschlagswassergebühren)
Vorlage: VIII/199**

Ausschussvorsitzender Schulze Baek verwies auf die Sitzungsvorlage VIII/199.

Ausschussmitglied Fedder wies darauf hin, dass er die Nachvollziehbarkeit des Verteilungsschlüssels für Schmutz- und Niederschlagswasser für schwierig halte. Er fragte, ob die Verwaltung schon tätig geworden sei, um mehr Transparenz in diese Vorgänge zu bringen und eine Nachvollziehbarkeit der Kostenaufteilung zu ermöglichen.

Kämmerer Isfort erklärte, dass es konkret keine neuen Erhebungen gebe, um den bestehenden Verteilungsschlüssel von 75/25 zu verändern. Es sei nicht machbar, ohne Gewichtigungen auszukommen. Für die Mischwasserkanäle ergebe sich ein Aufwand, den man versucht habe, zu verteilen. Die Kanäle seien aber nicht differenziert betrachtet worden, sondern die Aufwände würden nach Leitungslänge verteilt. Der Verteilungsanteil der Kläranlage könne eventuell geändert werden.

Bürgermeister Niehues ergänzte, dass man natürlich Ingenieurbüros beauftragen könne, hierfür aber Honorare zahlen müsse. Wenn sich dann der Verteilungsschlüssel von 75/25 auf 73/27 ändern würde, würden zu zahlende Gebühren kaum verändert, wohl aber die Kosten der Gemeinde erhöht, was sich letztendlich auf den Gebührenzahler auswirke. Das gemeinsame Ziel von Politik und Verwaltung solle doch sein, mit einer Reduzierung des Kostenaufwandes die Gebühren zu halten oder zu senken. Man könne alles hinterfragen, aber seiner Ansicht nach sei wichtig, was unter dem Strich herauskomme. Er appelliere an den Ausschuss, nicht noch weiter in dieses Thema einzusteigen. Dafür habe er kein Verständnis mehr.

Fraktionsvorsitzender Branse erklärte, dass es nicht erforderlich sei, dass der Bürgermeister für die Forderungen des Ausschusses Verständnis aufbringe. Herr Fedder habe um Informationen gebeten, die möglicherweise ganz leicht zu beschaffen seien. Es gehe nicht darum, eine neue Bewertung machen zu lassen.

Kämmerer Isfort erklärte, dass es ihm scheine, als wenn sich die Aufgaben von Politik und Verwaltung immer mehr vermischten. Es sei vorgesehen, dass die Politik Entscheidungen treffe und die Verwaltung die Grundlagen dafür schaffe. Inzwischen wolle die Politik immer mehr auch die Grundlagen schaffen. Er komme sich inzwischen wie ein Schüler vor und verbitte sich diese Einmischungen.

Ausschussvorsitzender Schulze Baek stimmte dem zu und wies darauf hin, dass gerade in der Gemeinde Rosendahl sehr ausführliche Vorlagen vorgelegt würden, die ein Höchstmass an Informationen enthielten. Er bat die Ausschussmitglieder, doch bitte „auf dem Teppich“ zu bleiben.

Bürgermeister Niehues ergänzte, dass es in den letzten Jahren nicht nur gelungen sei, die Abwassergebühren zu halten, sondern sogar zu senken. Jetzt aber stünden ganz andere Probleme an. In die Kläranlage Osterwick müssten im kommenden Jahr ca. 350.000 € investiert werden und weitere 300.000 € in die Kanalsanierung. In Holtwick werde von der Bezirksregierung gefordert, dass das Regenrückhaltebecken vom Nassbecken mit Dauerwasserstand in ein Trockenbecken umgebaut werde, wofür mindestens 150.000 € veranschlagt werden müssten.

In Darfeld müsse neben dem Pumpwerk ein neues Regenrückhaltebecken gebaut werden. Nach den inzwischen gestellten Anforderungen würden sich die Kosten dafür auf mindestens 400.000 € belaufen. Hinzu käme noch die anstehende Dichtheitsprüfung der Hausanschlussleitungen. Alle diese Maßnahmen könnten noch zu deutlichen Erhöhungen der Abwassergebühren führen. Er könne kein Verständnis

mehr dafür aufbringen, alles nachrechnen zu wollen und zu prüfen, ob im einen oder anderen Bereich 5 Euro mehr bezahlt werden müssten. Er habe inzwischen den Eindruck, dass man hier Erbsen zählen wolle.

Ausschussmitglied Reints bat Bürgermeister Niehues, sachlicher und ruhiger zu argumentieren.

Bürgermeister Niehues entschuldigte sich für seinen erregten Tonfall, nicht jedoch für seine Argumentation.

Fraktionsvorsitzender Branse erklärte, dass niemand aus dem Ausschuss verlangt habe, 5 Euro umzuschichten.

Ausschussmitglied Fedder verließ die Sitzung um 20:35 Uhr.

Der Ausschuss fasste abschließend folgenden **Beschluss**:

Die Gebührennachkalkulation 2009 sowie die Prognose für das Jahr 2010 für den Bereich der Schmutz- und Niederschlagswassergebühren werden zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**6 Gebührennachkalkulation 2009 und Prognose für 2010 für die Abfallverwertung und -entsorgung
Vorlage: VIII/185**

Ausschussvorsitzender Schulze Baek verwies auf die Sitzungsvorlage VIII/185.

Ausschussmitglied Rahsing erkundigte sich, wieso die Deponierungs- und Verwertungskosten für Bioabfall höher seien, als geplant.

Produktverantwortliche Berger erklärte, dass die Kosten pro Tonne nachträglich von 80,00 € auf 83,00 € angestiegen seien.

Ausschussmitglied Reints fragte, ob man inzwischen sagen könne, ob bei der Altpapierentsorgung ein zusätzlicher Aufwand entstehe oder ob die Kosten sich nivelieren würden.

Kämmerer Isfort erklärte, dass er diese Frage aus dem Stand nicht beantworten könne. Er werde sie über die Niederschrift beantworten.

Hinweis: Die Beantwortung der Frage muss unter Mitwirkung des Kreises Coesfeld erfolgen, der die benötigten Informationen der Gemeinde Rosendahl noch nicht abschließend übermittelt hat. Die Frage wird daher zu einem späteren Zeitpunkt beantwortet.

Der Ausschuss fasste sodann folgenden **Beschluss**:

Die Gebührennachkalkulation 2009 sowie die Prognose für das Jahr 2010 für den

Bereich der Abfallverwertung und -entsorgung werden zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

**7 Gebührennachkalkulation 2009 und Prognose für 2010 für die Straßenreinigung
Vorlage: VIII/186**

Ausschussvorsitzender Schulze Baek verwies auf die Sitzungsvorlage VIII/186.

Fraktionsvorsitzender Branse bat um Erklärung, was mit den Begriffen gebührenrelevante Länge und Reinigungslänge gemeint sei.

Kämmerer Isfort erklärte, dass es sich bei der Reinigungslänge um die gesamte Reinigungslänge handele, die der Unternehmer in Rechnung stelle. Dabei würden auch Straßen abgefahren, bei denen sich keine Gebührenpflicht der Anlieger ergebe, wie z.B. die Straße von Entrammes. Die gebührenrelevante Länge sei Grundlage für die von den Grundstückseigentümern tatsächlich zu zahlende Gebühr und werde nach verschiedenen in der Satzung festgelegten Kriterien ermittelt.

Der Ausschuss fasste sodann folgenden **Beschluss:**

Die Gebührennachkalkulation 2009 sowie die Prognose für das Jahr 2010 für den Bereich der Straßenreinigung werden zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**8 Gebührennachkalkulation 2009 der Benutzungsgebühren für die Übergangsheime
Vorlage: VIII/188**

Ausschussvorsitzender Schulze Baek verwies auf die Sitzungsvorlage VIII/188.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen zu diesem Thema.

Der Ausschuss fasste folgenden **Beschluss:**

Die Gebührennachkalkulation 2009 der Benutzungsgebühren für die Übergangsheime wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

9 Mitteilungen

9.1 Zurücknahme der Klage gegen den Festsetzungsbescheid der Bezirksregierung Düsseldorf über die Abwasserabgabe für die Kläranlage Osterwick

Bürgermeister Niehues teilte mit, dass er die eingereichte Klage gegen den Festsetzungsbescheid der Bezirksregierung Düsseldorf vom 26. Januar 2010 über die Abwasserabgabe für das Einleiten von Schmutzwasser in den Varlarer Mühlenbach, zurückgenommen habe. Der Anwalt der Gemeinde habe nach eingehender Prüfung festgestellt, dass ein Nachweis der tatsächlich eingeleiteten Abwassermenge nachträglich nicht möglich sei und sehe daher keine Aussicht auf Erfolg der Klage.

10 Einwohner-Fragestunde gemäß § 27 Abs. 10 GeschO (2. Teil)

10.1 Frage zur Versickerung von Regenwasser auf eigenen Grundstücken - Frau Everding

Frau Everding teilte mit, dass sie sich bei der Firma Klostermann bereits über einen versickerungsfähigen Bodenbelag erkundigt habe. Sie fragte, ob es nicht möglich sei, wenn sie diesen Belag auf eigene Kosten verlege, Abwassergebühren einzusparen.

Kämmerer Isfort erklärte, dass hier das Landeswassergesetz greife. Es besage, dass das betreffende Grundstück zur Verrieselung geeignet sein müsse, ohne dass das Wohl der Allgemeinheit betroffen sei. Die Böden hier im Ort seien aber nicht aufnahmefähig, ohne dass der benachbarte Anlieger mit betroffen sei. Außerdem gelte für die Kommunen ein Bestandsschutz. Es seien flächendeckend Kanäle für die Schmutz- und Niederschlagswasserentsorgung verlegt worden. Damit verbunden seien Abschreibungen und kalkulatorische Zinsen. Die Abwassergebühren seien nicht mehr zu finanzieren, wenn Anlieger aus dem System ausscheiden würden. Es gelte daher bei alten Baugebieten ein Solidaritätsprinzip, das die Einleitung von Niederschlagswasser verlange.

Franz-Josef Schulze Baek
Ausschussvorsitzende/r

Sabine Wisner-Herrmann
Schriftführer/in